

Die Präsidentschaftswahlen in Palästina: Einige persönliche Eindrücke

Meine Eindrücke sind nur ein Mosaikstein eines Gesamtbildes. Sie können nicht verallgemeinert werden und stellen auf keinen Fall eine offizielle Beurteilung durch das Programm EAPPI dar.

Ich stelle zwei gegensätzliche Einschätzungen von Gesprächspartnern am Wahltag an den Anfang:

“ The election is a chance. We are on the crossroads. We have to move from a mentality of revolution to a mentality of statehood.”

“ The election is senseless. The American and Israelian Governments have the power. A Palestinian President can decide nothing.”

Zunächst zu den Wochen der Wahlvorbereitung: In Bethlehem zeigte sich keiner der Kandidaten zu einer öffentlichen Veranstaltung. Es ist ja bekannt, dass einige von ihnen mit wesentlichen Reisebehinderungen konfrontiert waren, aber auch die, die reisen konnten, hielten offensichtlich Bethlehem nicht einer Reise wert, während sie in anderen Städten bis zu mehrere tausend ZuhörerInnen mobilisieren konnten.

Wenige Tage vor der Wahl besuchten wir eine kleine Diskussionsveranstaltung mit einem Vertreter der Fatah, dem Vorsitzenden der Wahlkommission für den District Bethlehem und einem lokalen politischen Autor.

Die Podiumsteilnehmer hoben besonders die Behinderungen der Wahl durch die israelische Regierung hervor:

Nur 5376 der insgesamt 120 000 palästinensischen Bewohner Ost-Jerusalems wurden von den israelischen Behörden als wahlberechtigt anerkannt. Für alle anderen musste die palästinensische Wahlkommission alternative Wege der Wahlbeteiligung finden. Diese fürchten allerdings um ihren Status (d.h. das Recht überhaupt in Jerusalem leben zu dürfen), wenn sie sich an der Wahl beteiligen.

Die Beteiligung der 6000 in Israel inhaftierten Palästinenser wurde von der israelischen Regierung rundweg abgelehnt mit der Begründung, man habe sowieso schon genug Zugeständnisse gemacht. Es mutet mich merkwürdig an, das “die einzige Demokratie im Nahen Osten” (so sieht sich die israelische Regierung gerne in der internationalen Öffentlichkeit) das Menschenrecht zu freien Wahlen als “Zugeständnis” ansieht.

Stolz waren die Podiumsteilnehmer auf die Effektivität der Wahlvorbereitung. Selbst wenn die Wahlurne auf dem Rücken eines Esels in ein von Roadblocks und Erdwällen eingeschlossenes Dorf gebracht werden muss – es soll sichergestellt werden, dass alle wählen können die wollen.

Irritiert waren sie über das enorme internationale Medieninteresse und die Tausende von offiziellen internationalen Wahlbeobachter, die offensichtlich überprüfen sollten, ob die Palästinenser es schaffen, demokratische, freie und faire Wahlen durchzuführen. Ihr Vorschlag: Die Leute sollen sich auch außerhalb der Wahllokale mit der Realität und den alltäglichen Lebensbedingungen Palästinenser vertraut und darüber berichten.

Wesentliche Änderungen der Situation “on the ground” durch die Wahl werden nicht erwartet, da die Machtverhältnisse bestehen bleiben und mit einem Wandel der Politik der USA oder der israelischen Regierung nicht zu rechnen ist.

Um ehrlich zu sein: Nach dieser Veranstaltung waren wir eigentlich ganz froh, dass wir von der Rolle der offiziellen Wahlbeobachter befreit waren. Diese Einschätzung

fand ich auch am Wahltag bestätigt, als ich einige von ihnen traf, die wirklich nur mit technischen Details der Wahldurchführung beschäftigt waren.

Wir EAPPI Freiwilligen hatten vielmehr die Aufgabe, die Bewegungseinschränkungen an den Checkpoints und durch andere Kontrollen zu dokumentieren und mit möglichst vielen Menschen vor den Wahllokalen und aus dem Kreis derer, die wir inzwischen kennen gelernt haben, in's Gespräch zu kommen.

So haben wir z.B. festgestellt, dass Menschen mit palästinensischem Ausweis an dem Checkpoint aus Bethlehem heraus in Richtung Jerusalem zurück gewiesen wurden, so z.B. eine Mutter mit ihrer schwer kranken Tochter, die ein offizielles permit für ein Jerusalem Krankenhaus hatte.

Ich bin am Wahltag durch verschiedene Stadtteile Bethlehems gezogen und war u.a. lange im Flüchtlingslager Daheishe.

Es folgen nun ein paar Zitate aus den vielen Gesprächen, die ich geführt habe.

“ Erst einmal Frieden schließen, egal ob mit Zugeständnissen. Wir brauchen endlich wieder die Möglichkeit uns frei zu bewegen. Und wir brauchen Arbeitsplätze. Da hoffen wir auf Unterstützung durch Europa.”

“ Israel soll uns Palästinenser endlich als “human beings” anerkennen”

“ Die zweite Intifada war eine schlimme Lektion für die Palästinenser. Die Gewalt muss endlich aufhören.”

“Die Wahl ist gut, weil wir endlich unsere Meinung frei äußern können. Wir haben sogar mehrere Kandidaten zur Auswahl. Das hat es bisher in keinem arabischen Land gegeben, wo normalerweise ein Kandidat mit über 90% der Stimmen gewählt wird. Wir haben eine demokratische Tradition. Das können wir der Welt beweisen.”

“ Ich hoffe, dass künftig innerhalb der palästinensischen Gesellschaft Recht und Ordnung gelten werden und mit der Korruption aufgeräumt wird.”

“ Die erste Forderung des neu gewählten Präsidenten gegenüber Israel sollte der Freilassung der Gefangenen gelten.”

Gerade im Hinblick auf die wichtigste Aufgabe des neun Präsidenten präsentierten mir meine Gesprächspartner (es waren tatsächlich überwiegend Männer, Frauen reagierten auf meine Ansprache sehr zurückhaltend) letzten Endes die ganze Palette der bekannten Forderungen der Palästinenser: Rückkehrrecht für die Flüchtlinge, Jerusalem als Hauptstadt eines unabhängigen Staates, Räumung sämtlicher israelischer Siedlungen , usw.

Zum Schluss dieser kleinen Sammlung von Meinungsäußerungen noch einige ergänzende Anmerkungen zu dem eingangs zitierten Vertreter der “crossroads”-Sicht. Er leitet ein Mediationszentrum in Bethlehem, in dem außerdem Kurse in gewaltfreier Kommunikation und Konfliktlösung angeboten werden. Er ist für ein Ende der “Militarisierung der Intifada” und tritt dafür ein, dass die Palästinenser jetzt anfangen ihren Staat von unten aufzubauen und für ihre Menschenrechte zu kämpfen.

Der “Aufbau des Staates von unten” (oder mit den Worten der sogenannten “Road-map” – bisher nicht verwirklichter Friedensplan der Internationalen Gemeinschaft”

aus dem Jahr 2002 – “Palestinian institution building”) war bereits im Dezember letzten Jahres im Gange, als in 26 Gemeinden Kommunalwahlen stattfanden. Hier stellte sich auch die militante Organisation Hamas zur Wahl und gewann in einigen Gemeinden die Mehrheit der Sitze. Da erstmals 20% der Gemeinderatssitze Frauen vorbehalten sein mussten, hatten eine Vielzahl von Seminaren stattgefunden, um die Frauen auf diese Wahlen und die neue Aufgabe vorzubereiten. Diese Seminare waren von Mitgliedern der Europäischen Union, u.a. auch Deutschland finanziell und personell unterstützt worden.

Diese Gemeinderatswahlen werden in den kommenden Monaten fortgesetzt. Für den Juni sind Parlamentswahlen geplant.

An dem auf die Wahl folgenden Montag präsentierten wir EAPPI-Freiwilligen unsere Erfahrungen mit der Wahlen Vertretern der Kirchen in Jerusalem und Palästina im Besein des ehemaligen US-Präsidenten J. Carter und der amerikanischen Kongressabgeordneten Lois Capps. Hierzu kann eine Presseerklärung auf der Website von EAPPI: www.eappi.org nachgelesen werden.

J. Carter äußerte auf diesem Treffen die Erwartung, dass nun endlich die Zeit für die Verwirklichung der Roadmap reif sei. Ich möchte in diesem Erfahrungsbericht nicht tiefer in die Diskussion über die Roadmap einsteigen.

Immerhin finde ich es bemerkenswert, dass einige meiner Gesprächspartner vom Wahltag das “Palestinian Institutionbuilding” von sich aus für eine der vorrangigen Aufgaben angesehen haben.

Sicher ist der Neuaufbau eines Staates von unten eine wichtige Überlebens- und Zukunftsstrategie der Palästinenser, um gegen die Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Besatzungsmacht gegenhalten zu können.

Das Beharren jedoch der “International Community”, dass dieser Schritt Vorrang vor allen anderen habe, muss solange als eine Verhöhnung dieser Anstrengungen angesehen werden, solange nicht gleichzeitig den schweren Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte durch die israelische Besatzungsmacht wirksam entgegengetreten wird.

Hiervon ist in der “Roadmap” mit keinem Wort die Rede. Außerdem enthält sie keinerlei Maßnahmen, wie zu verfahren ist, wenn die Beteiligten sich nicht an die vereinbarten Schritte halten. Im Augenblick ist es ja sowieso so, dass die israelische Regierung – übrigens als einziger Beteiligter -die Roadmap in mindestens 14 Punkten ablehnt.

Der Vertreter der Fatah auf der Vorwahldiskussion, über die ich berichtet habe, sagte zu dieser Frage folgendes:

Ein entscheidender Fehler der Palästinenser in der Vergangenheit war das Vertrauen in die “International Community”, dass sie sich aktiv gegen die Verletzung der Verträge/Abkommen durch die Israelische Besatzungsmacht einsetzen würde. Ein von der Fatah gestellter Palästinenserpräsident werde künftig keine Verträge mehr unterschreiben ohne klare Implementierungs- bzw. Durchsetzungsregeln und Festlegung von Sanktionen bei deren Verletzung.

Einen Herkulesaufgabe für den nun gewählten Palästinenserpräsidenten Abu Mazen.

Christine Raiser-Süchting
Bethlehem, 14. Januar 2005